

---

# Parteien in der Mediendemokratie

Tissy Bruns

Wie wichtig die Parteien für die Entwicklung der Bundesrepublik waren, wird uns erst bewusst, seit sich die „Parteiendemokratie“ im Abstieg befindet und „Mediendemokratie“ zum gängigen Begriff geworden ist, mit dem wir den Zustand unserer Gesellschaft charakterisieren.

Parteien, Medien? Von besonderer analytischer Klarheit ist weder die eine noch die andere Beifügung. Wir kennen auch andere Attribute, die Verfassungsideal und -wirklichkeit qualitativ präziser kennzeichnen: die rechtsstaatliche oder die freiheitliche oder die soziale Demokratie. Parteien und Medien sind ambivalente Begriffe, wenn es um die Beschreibung der gesellschaftlichen Realität geht. Eine mit diesen Begriffen bezeichnete Demokratie ist eine, in der nach allgemeiner Wahrnehmung Parteien oder Medien besonders großen, aber eben auch einen latent bedenklichen Einfluss haben, den ihnen das Grundgesetz vielleicht gar nicht zubilligt. Wenn der eine Begriff den anderen im Alltagsgebrauch ablöst, dann darf man mit gesundem Menschenverstand daraus schließen, dass die Medien heute mehr Macht haben als die Parteien.

Das, um es vorweg zu nehmen, trifft zu. Aber was bedeutet das für die Demokratie? Es ist Anlass für die kritische Frage, was eigentlich los ist mit der demokratisch verfassten Gesellschaft, ob wir uns Sorgen machen müssen über ihr Funktionieren, ihren Rückhalt bei den Bürgern, ihre Lebendigkeit und ihre Fähigkeit, den ganz normalen Leuten einen Platz in der öffentlichen Arena und politischen Einfluss zu verschaffen. Die Frage ist ernst, wie eine

andere Begriffskarriere anzeigt: Die Politikverdrossenheit, von der wir schon seit den 1990er Jahren reden, avanciert mittlerweile in ersten Ansätzen zur Demokratieverdrossenheit, jedenfalls in den Teilen der Bevölkerung, die von der allgemeinen Entwicklung ausgeschlossen sind oder sich abgehängt fühlen.

Wenn wir in den Parteien die Generationskohorten vergleichen, dann kommen die älteren Jahrgänge aus einer Zeit, in der es zum guten Ton gehört hat, sich zu politisieren und an öffentlichen Debatten teilzunehmen. Jüngere Parteimitglieder gehören dagegen zu der leicht skurrilen Minderheit unter ihren Altersgefährten, die sich für Politik interessieren. Die älteren Kohorten in den Volksparteien repräsentieren die soziale Pluralität der Gesellschaft, aber selbst bei den Jusos trifft man heute selten jemanden, der nicht studiert hat.

Die Mitgliedschaften aller Parteien sind von der Gesamtbevölkerung deutlich abgehoben: Besser gebildet, bessere Arbeit, mehr Sicherheiten, größere Möglichkeiten der kulturellen Teilhabe. Man kann einwenden, dass bei den politisch Interessierten und Engagierten schon immer dieses gewisse etwas Mehr zu finden war. Aber Demokratie lebt auch davon, dass immer wieder Menschen und soziale Bewegungen neu in die Politik drängen, um ihren Status zu verändern und zu verbessern. Denn zur Demokratie, der immer unvollkommenen Gesellschaft, gehören Aufstieg und Durchlässigkeit als Bedingungen für Alternativen, Wechsel und Veränderung. Die Volksparteien haben solchen Partizipationsansprüchen der Aufsteiger aus der christlichen und sozialdemokratischen Arbeiterschaft eine Plattform geliefert. Später der akademischen, bildungshungrigen, debattenfreudigen Jugend, die nach 1968 keineswegs nur in die SPD geströmt ist, sondern in alle Parteien, massenhaft auch in die CDU. In der Gründung der Grünen zeigte sich eine dynamische Demokratie, die ein

neues politisches Thema aufzunehmen verstand, dem sich die anderen Parteien öffnen mussten.

Den letzten frischen Schwung dieser Art verdanken die Parteien der Frauenbewegung, die in den 1970er und 80er die Frage nach der Geschlechtergerechtigkeit auf die Tagesordnung setzte. Das belebte die Parteien wie zuvor andere soziale Bewegungen. Aber der weibliche Zustrom in die Politik, zumal die Parteien, blieb hinter dem Aufbruch der Frauen in Wissenschaft oder Kultur zurück; er war schwächer als der Zustrom junger Mitglieder am Anfang der 1970er Jahre.

Im Osten Deutschlands hat sich die alte bundesdeutsche Parteienlandschaft nicht herausgebildet. Weder CDU noch SPD erreichten dort eine vergleichbare Mitgliederstärke wie im Westen; sie sind dort nicht im eigentlichen Sinn Volksparteien. Das ist dort am ehesten die neue Linkspartei, vormals PDS. Ihr wechselhafter, letztlich aber andauernder Erfolg muss auch als Reflex auf den Ausschluss der kompromittierten alten DDR-Eliten von der Partizipation im etablierten Parteiensystem verstanden werden. Die West-Parteien haben die Arme nicht geöffnet, um die Läuterungswilligen in die Demokratie zu holen. Anders als Konrad Adenauer nach 1945, von dem vor allem die SPD für die Zeit nach 1989 hätte lernen müssen.

Das Drängen der zugewanderten Bevölkerungsgruppen auf politische Teilhabe und Präsenz ist erstaunlich gering. Weder erfolgreicher Aufstieg noch die immer noch vorhandenen Benachteiligungen sind Impuls dafür, in nennenswertem Ausmaß „Partei“ zu ergreifen. Der Vorsitzende der Grünen ist eine Ausnahme.

Im Vergleich zur vormaligen Parteiendemokratie hat die Mediendemokratie also an Dynamik verloren: Das Verlangen nach aktiver Teilhabe schwächt sich ab, ja, fast kann man sagen: Wer heute zu den Zu-kurz-Gekommenen zählt, ist parteipolitisch eher abstinent und hat dort auch keine politische Repräsentanz.

Der unter Politikwissenschaftlern umstrittenen Frage, ob sich an sinkenden Mitgliederzahlen und rückläufiger Wahlbeteiligung ein Krisen- oder ein Normalitätssymptom zeigt (die Deutschen nähern sich nur dem Niveau anderer Demokratien an), soll hier nicht nachgegangen werden. Der nüchterne Befund lautet: Der Partizipationsgrad an den institutionellen Formen der Politik sinkt. Er sinkt auch in den im weiteren Sinn gesellschaftspolitischen Großorganisationen wie den Kirchen oder Gewerkschaften und wird nicht aufgewogen durch soziale Bewegungen wie Attac oder die neuen Formen politischer Aktivität, etwa in den Nichtregierungsorganisationen. Ehrenamt und bürgerhaftliches Engagement erleben eine Blüte, können aber in die Debatten über die öffentlichen Angelegenheiten nur jeweils begrenzt eingreifen. Und gerade dort, unter diesen Engagierten, ist die Enttäuschung über die institutionelle und Parteipolitik oft groß. Politikverdruss ist keineswegs nur die Sache der Stammtische, die Abschätzigkeit gegenüber Politik und Politikern hat sich längst in den Mittelschichten breitgemacht. Wer sich für konkrete Ziele engagiert, ist manchmal besonders abgestoßen von einer Selbstbezogenheit und Selbstvergessenheit der etablierten Politik, die für die „Mediendemokratie“ kennzeichnend geworden ist.

Liegt das an der gegenüber den ersten Jahrzehnten der Republik stark veränderten Medienlandschaft? Sicher nicht in erster Linie. Die Auflösung fester Milieus und sozialer Schichten, die zugleich eine Entsprechung in kulturellen, religiösen, politischen Prägungen hatten, ist der Hauptgrund für die Lockerung der Bindungen an Parteien. Vereinfacht gesagt: An die Stelle nahezu kollektiver sozialkultureller Bindungen, die einmal die festen politischen Lager konstituiert haben, tritt in der individualisierten Gesellschaft zusehends die situativ motivierte Wahl einer Partei, die wiederum die eindeutigen kulturellen, religiösen, politischen Zuschreibungen verloren hat.

Diese Beschreibung, das muss dazu gesagt werden, ist nicht nur vereinfacht, sie ist auch deutlich übertrieben. Denn Deutschland bleibt nicht nur eine „Parteiendemokratie“ im verfassungsmäßigen Sinne, dass hier Parteien, nicht Präsidenten oder Kanzler vom Volk gewählt werden. Die Mitgliederzahlen der Parteien sind im Vergleich zu anderen Ländern immer noch hoch und der Fundus der die Parteien tragenden Ideen hat offenbar tiefe Wurzeln. Was eine liberale oder grüne Partei, sozialdemokratische oder christliche Volkspartei ist (oder zumindest: sein sollte), darüber gibt es immer noch relativ klare Bilder. Neubildungen von politischen Formationen, etwa die Freien Wähler, werden immer noch stark als „Ausfransungen“ weg von den vorhandenen Parteien wahrgenommen, die aus ihren Schwächen und Unzulänglichkeiten resultieren. (Eine Ausnahme ist die Linkspartei in den neuen Ländern.)

Die Feststellungen sind wichtig, weil trotz aller berechtigten Kritik an einem überzogenen Einfluss der Parteien ihre Bedeutung für die deutsche Demokratie im Moment ihrer Schwächung wirklich deutlich wird. Das Grundgesetz schreibt ihnen in Artikel 21 sehr schlicht zu: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Und das haben die Parteien geleistet. Die Erfolgsgeschichte der bundesdeutschen Demokratie ist nicht vorstellbar ohne Überwindung des verbreiteten vordemokratischen Denkens der Weimarer Republik, das sich in der abschätzigen Haltung gegenüber dem „Parteiengozänk“ ausdrückte. CDU, CSU, FDP und SPD, später die Grünen, letztlich auch die PDS/Linke sind nicht nur Träger der grundgesetzlichen Ordnung; sie haben vor allem ein hohes Maß an demokratischer Partizipation ermöglicht und in diesem Sinne hervorragend bei der „politischen Willensbildung des Volkes“ mitgewirkt.

Es bleibt auf der Tagesordnung, den Parteien auf die Finger zu sehen bei allen Versuchen, über das „Mitwirken“

hinauszugehen. Es steht aber neu und dringlicher auf der Tagesordnung, dass ihre Fähigkeit zu dieser Mitwirkung unter der Medialisierung des Politischen gelitten hat – und zum Teil auch deswegen, weil ihre politischen Führungen dieser Medialisierung das demokratische Potential der Parteien opfern.

Die ambivalente Macht der Medien besteht nicht darin, dass Medien den entscheidenden gestaltenden Einfluss auf die Politik ausüben. Eine rasant veränderte und sich auf absehbare Zeit beschleunigt weiter verändernde Medienwelt weist der Politik vielmehr einen neuen Platz in der Öffentlichkeit zu. Politik gerät an den Rand in einer medialen Kultur der Zerstreuung. Politiker, politische Journalisten, politisch Engagierte müssen sich und ihrer Sache Gehör verschaffen in einem stets präsenten unpolitischen medialen Umfeld.

Für Politik gibt es in der Öffentlichkeit keinen gemeinsamen Ort mehr, den die gute, alte Fernsehnation bis zur Einführung des privaten Fernsehens noch kannte. Wer fernsehen wollte – und das wollten die meisten – landete gezwungenermaßen auch bei der Tagesschau oder dem politischen Magazin. Und die millionenfach gleich gesehenen medialen Inhalte waren auch der Grundstoff für die anschließenden Diskussionen im Büro, an der Werkbank, in der Schule. Die Öffentlichkeit der Mediendemokratie bietet nicht nur zu jeder Zeit etwas anderes als Politik, sie bietet zugleich allen etwas Verschiedenes. Das Ergebnis sind: zersplitterte Öffentlichkeiten. Von dieser Realität muss ausgehen, wer sich heute politisch engagiert oder interessiert.

Nostalgische Betrachtungen der Vergangenheit haben dabei keinerlei Sinn, sie sind nur analytisch hilfreich. Hinter die technologischen Revolutionen der digitalisierten Medienwelt gibt es kein Zurück. Sie muss allerdings politisch gestaltet werden, nicht anders als die globalisierte Ökonomie, die gerade in drastischer Weise vorgeführt hat,

wie die nur den ökonomischen Akteuren überlassenen Entwicklungen geradewegs ins Unglück führen können. Dass die neuen Medientechnologien auch ein demokratisches Potential haben, hat sich schon oft gezeigt, gerade in nicht-demokratischen Verhältnissen. Die Möglichkeiten der neuen Kommunikationstechnologien scheinen hoffnungsvoll auf in den USA, wo nicht nur Obama einen neuen Ton – übrigens den der klassischen großen Rede – anschlägt, sondern so etwas wie die Selbsterweckung der Demokratie durch ihre Bürger stattfindet.

Aber davon sind wir in Deutschland weit entfernt. Politik, vor allem die Wahrnehmung von Politik bei den Bürgern wird bestimmt von der Jagd nach Aufmerksamkeit im großen Rauschen der tausend Sender und unbegrenzten Netze. Noch nie waren die Medien für die Politik so wichtig wie heute, lautet ein Standardsatz über die Mediendemokratie. Umkehren kann man diesen Satz nicht. Es stimmt, dass Politik auf die Medien angewiesen ist. Noch ist es nur eine Zuspitzung, aber denkbar ist es schon, dass die modernden Massenmedien ohne Politik auskommen.

Die alte Partnerschaft von Politik und Medien hat sich entkoppelt. Die Demokratie ist den alten Obrigkeitsstaaten unter anderem mit der Macht einer Presse abgerungen worden, die frei war, weil sie ökonomisch unabhängig vom Staat war. Ehrgeiz und Eitelkeiten der frühen Medienmacher, auch noch in der Geschichte der Bundesrepublik, richteten sich auf die Politik: Minister stürzen, Teegespräch beim Kanzler, die Meinungsbildung beeinflussen, wenn es um Weichenstellungen ging. Damit konnte man als Verleger reich, als Chefredakteur einflussreich werden. Heute kann man mit der weltweiten und zeitgleichen Verbreitung von Unterhaltungsformaten, Sportereignissen, und Prominenz-Prominenten wie Paris Hilton megareich werden. Und berühmt.

Die Abhängigkeiten sind eindeutig: Die Politik muss sich der Logik und den Gesetzen der Medien anpassen, die

ihrer eigenen Logik widersprechen. Worin besteht die politische Macht der Medien? In der latenten Abwertung des Politischen, in einem unangemessenen Einfluss auf die Logik der Politik, die immer noch treffend als das „langsame Bohren dicker Bretter“ beschrieben wird.

Der Untergang des Abendlands steht trotzdem nicht bevor. Doch hat die Demokratie gewissermaßen einen kritischen Moment erreicht und wird in diesem Moment von einer schweren Krise getroffen. Die ist bei ehrlicher Betrachtung nicht nur eine Finanz- oder Wirtschaftskrise, sondern eine wirkliche Systemkrise. Denn Politik, die Demokratien haben nicht verhindern können, dass eine kleine Minderheit die ganze Welt in Geiselhaft nehmen konnte. Wenn das Primat der Politik zurückerobert werden soll, dann ist ein scharfer skeptischer Blick auf die „Mediendemokratie“ kein Kulturpessimismus, sondern dringend nötig.

Versteht man die Parteien als herausragend wichtige Organisationen für die politische Willensbildung, dann ist nicht zu übersehen, dass die Mechanismen der Mediendemokratie die Parteien schwächen. Das Grundgesetz verlangt „demokratische Grundsätze“ für ihre innere Verfassung aus gutem Grund. Privilegiert mitwirken dürfen Teile (Parteien) der demokratischen Öffentlichkeit nur, wenn sie sich selbst den Regeln einer demokratischen Meinungsbildung unterziehen. Dazu gehören Kontroversen und Streit ebenso wie Mehrheits- und Konsensbildungen nach festgelegten Verfahren. Parteien sind gewissermaßen der exemplarische Ort und Schulen der Demokratie: Erwiesen hat sich das, als Adenauer in der CDU für Westbindung und Marktwirtschaft eingetreten ist. Die Union hat die spätere gesellschaftliche Mehrheit gewissermaßen „vor-exerziert“, so wie die SPD nach und begleitet von inneren Debatten und Kämpfen die neue Ostpolitik und Anerkennung der Nachkriegsgrenzen durchsetzen konnte.



In Parteien wird auch heute unaufhörlich gestritten, wie in jedem Unternehmen, jeder Familie, jeder Zeitungsredaktion. Über Personalien, Kleingedrucktes, Richtung. Was davon tauglich ist in der Konkurrenz des großen medialen Rauschens, richtet sich nicht in erster Linie nach der Frage, was wichtig oder nebensächlich ist. In den Massenmedien rangiert das Bild vor dem Wort, die Person vor dem Programm, die Emotion vor der sachlichen Erwägung. Nun waren Personalisierung, Bildhaftigkeit und Emotionalisierung weder für Konrad Adenauer noch für Willy Brandt unerlaubte Mittel in der öffentlichen Arena, im Gegenteil. Vor allem in Wahlkampfzeiten kommt Politik ohne Gefühle, Vereinfachungen und bewusste Inszenierungen nicht aus. Doch eine auf ständig erhöhten Aufmerksamkeitsreiz und Exklusivität angewiesene Medienwelt zerlegt Politik in eine Abfolge schnell wechselnder Bilder, in denen ein Muster ständig wiederkehrt: das Streitmuster. Weil Politik das „langsame Bohren dicker Bretter bleibt“ kann der Hunger der Medien nach neuen Ereignissen oder Entwicklungen gar nicht gestillt werden – es sei denn, man bedient sich an dem unendlichen Konfliktsstoff, der jeden politischen Prozess begleitet.

Herbert Wehner konnte – kein schöner Zug der alten Parteiendemokratie – Fraktionsdisziplin noch mit dem bärbeißigen Hinweis herstellen, der Kritiker möge sich doch das nächste Mal von seinem Gewissen aufstellen lassen. Die Mediendemokratie ist auch nicht besser: Heute verspricht Widerspruch von Abgeordneten, Hinterbänklern oder Landesvorsitzenden gegen die eigene Fraktion oder Parteiführung mediale Präsenz, also Bekanntheit – eine gewaltige Verführung. Max Weber wusste, dass die (allen Politikern eigene) Eitelkeit der größte Feind der Tugenden Augenmaß, Verantwortung, Leidenschaft ist. Die Mediendemokratie stellt eine Eitelkeitsdroge jederzeit zur Verfügung: den schnellen Ruhm, Aufmerksamkeit, Präsenz.

Schwerer aber wiegt, wie das mediale Streitmuster, das jeden Konflikt zur Zerreißprobe oder Machtfrage hochstilisieren kann, den öffentlichen Debatten den Garaus macht. Das stndige Geznk geht zulasten der Kontroversen, ohne die Demokratie nun einmal erlahmen muss. Die Parteien sind nicht mehr streitfhig. Ihre Mitglieder, Vorstände und Gremien befinden sich in einer Art Geiselhaf. Denn das oberste Gebot aller Parteiführer lautet: Geschlossenheit. Das Muster, das die Politik im Dauerstreit abbildet, wird flankiert durch die neue Allgegenwart der Demoskopie, die ihrerseits nur entstehen konnte durch das mediale Interesse an Umfragen, die im wöchentlichen Takt scheinbar beweisen: Das will das Volk, das will es nicht. Umfragen weisen stets sinkende Werte aus, wenn von innerparteilichen Streitereien die Rede ist. Das Zusammenspiel von beidem hat den Führern der Volksparteien den Schneid abgekauft. Parteitage sind keine Orte der innerparteilichen Demokratie mehr, sondern auf Sendezeiten abgestimmte, hohtaktische Darbietungen. Parteimitgliedschaft ist reizlos geworden oder, was nicht besser wäre: Sie wird zur Plattform vor allem für Karriere über mediale Bekanntheit.

Es wäre eine kindische Vorstellung zu meinen, Spitzenpolitiker könnten Politik in irgendeinem stillen Winkel betreiben. Aber bedenklich ist das Ausmaß, in dem die politischen Apparate sich der Eigengesetzlichkeit der Medien ausliefern. Weil ihre Mechanismen ziemlich schlicht sind, können sie auch umgekehrt instrumentalisiert werden. Für Politiker, die wissen, dass ohnehin täglich über irgendein Geznk berichtet wird, kann es ganz nützlich sein, dann und wann begrenzte Einblicke in innerparteiliche Konflikte zu liefern. Manchmal sind das Gelegenheiten, gezielt Führungsstärke zu zeigen, wenn man die Einheit wieder herstellt. Und ist es nicht hilfreich, die Aufmerksamkeit auf ein kleines Getöse an der Oberfläche zu lenken, weil man nicht weiß, was aus dem Rumoren im Ge-

bätk werden soll? Ein trauriges Beispiel dafür haben die Diskussionen um die neuen Grundsatzprogramme von CDU und SPD geliefert. Der demokratische Sozialismus und die neue Familienpolitik, das waren Knochen, an denen die Medien immer wieder nagen durften und gern genagt haben. Aber weiß nach der Verabschiedung der Programme die SPD wieder, wozu sie da ist? Und die CDU, wer sie nach dem Leipziger Parteitag und der großen Koalition eigentlich ist? Und wissen die Bürger, woran sie mit diesen Parteien sind? Das taktische Spiel von Politik und Medien nehmen sie als selbstbezogene Darbietung einer politisch-publizistischen Kaste wahr, die in einem Boot sitzt. Abgetrennt und abgehoben von den Bürgern, die ins Visier der Politik scheinbar nur dann geraten, wenn man sie mit raffinierten Inszenierungen als Wähler ködern will. Der Bürger merkt die Absicht – und verstummt.